

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

10.12.2019 Drucksache 18/5311

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Sicherheit für Bayerische Polizeibeamte erhöhen – Anschaffung von stichsicheren Schutzwesten flächendeckend durchsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle im Außendienst tätigen Polizeibeamtinnen und -beamte unverzüglich mit Stichschutzwesten auszustatten, soweit die jeweils an die Beamten ausgegebenen ballistischen Schutzwesten einen sicheren Schutz vor Stichen mit Messern und spitzen Gegenständen nicht gewährleisten.

Begründung:

Alleine am letzten Wochenende gab es Medienberichten zufolge 43 Messerattacken in Deutschland. (https://www.wochenblick.at/26-messer-taten-an-einem-wochenende-toetungen-ueberfaelle-konflikte/)

Immer häufiger werden Polizeibeamte, aber auch andere Sicherheits- und Rettungskräfte, Opfer von verbaler und körperlicher Gewalt. Wir erleben – insbesondere seit dem Jahr 2015 – eine beispiellose Verrohung und Gewalteskalation im öffentlichen Raum.

Beamte, welche tagtäglich ihr Leben und ihre Gesundheit für die Sicherheit unserer Bürger aufs Spiel setzen, haben die vollumfängliche Fürsorge und Unterstützung des Staates verdient. Sie müssen auf allen Ebenen und in allen relevanten dienstlichen Belangen bestmöglich vorbereitet werden für ihren gefahrvollen Dienst an der Gemeinschaft. Dies gilt in besonderem Maße auch für deren Ausrüstung, die einen entscheidenden Anteil an der erfolgreichen Durchführung eines Einsatzes ausmacht.

Momentan sind unsere Beamten im Außendienst zwar mit schnitt-, nicht alle aber auch mit stichsicheren Schutzwesten ausgerüstet. Viele Beamte kaufen auf eigene Rechnung einen entsprechenden Schutz nach.

Dieser Zustand ist – besonders in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Gewaltkriminalität – inakzeptabel!

Die Sicherheit unserer bayerischen Polizeibeamtinnen und -beamten darf weder an Kosten noch an politischem Willen scheitern! Sie zu gewährleisten, ist Kernaufgabe des Staates!